



Für eine mutige Wissenschaft in Zeiten geopolitischer Konflikte

Impulsvortrag des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft

Professor Dr. Patrick Cramer

Anlässlich LübeckHoch3: Mut und Verantwortung in stürmischen Zeiten

20.11.2024

Center of Brain, Behavior and Metabolism, Lübeck

– Es gilt das gesprochene Wort –

Ich will Sie heute erinnern an einen Nobelpreisträger aus Lübeck. Und an eine Geste, die in die Geschichte einging. Sie werden es ahnen: Ich meine Willy Brandt und seinen Kniefall in Warschau. Ohne Vorwarnung sank der Bundeskanzler am 7. Dezember 1970 vor dem Denkmal der Helden des jüdischen Ghettos nieder. Damit hatte der große Sohn der Hansestadt mitten im Kalten Krieg ein mutiges Zeichen gesetzt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Kanzlerin, Herr Präsident,

die Reaktionen auf den Kniefall waren zunächst eher gemischt. Nur 41 Prozent der Deutschen hielten ihn für angemessen. Und international wurde kaum darüber berichtet. Aber später wurde klar: der Kniefall hatte eine wichtige Rolle bei der Entspannung zwischen den Blöcken. Im Vergleich dazu trat der eigentliche Grund der Kanzlerreise, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in den Hintergrund. Warum? Ich vermute, weil der Kniefall – mehr noch als der Vertrag alleine – Menschen berührte und sie ermutigte, sich auf den Weg der Aussöhnung zu begeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

warum war Brandts Kniefall mutig? Zum einen war er unerwartet und mit Risiko verbunden. Der Kniefall konnte nämlich als Zeichen der Schwäche gedeutet werden. Zum anderen war er aber nicht unbedacht, sondern wurde in Besonnenheit vollzogen. Ich glaube Brandt hatte die Zuversicht, mitten im größten geopolitischen Konflikt nach dem zweiten Weltkrieg zu einer positiven Entwicklung beizutragen.



Es dauerte dann noch zwei weitere Jahrzehnte, bis der Kalte Krieg endete. Erst mit der deutschen Wiedervereinigung brach eine neue Zeit an. Die EU und NATO wurden nach Osten erweitert. Asien, allen voran China, wurde zur wirtschaftlich dynamischsten Region der Erde. Die alte West-Ost-Struktur wich einer neuen, multilateralen Ordnung. Viele Staaten arbeiteten zusammen, um globale Herausforderungen anzugehen. Und durch die Digitalisierung wurde das noch beschleunigt.

Doch seit einigen Jahren steckt der Multilateralismus in einer tiefen Krise. Unter Donald Trump verließen die USA die Weltgesundheitsorganisation und kündigten das Pariser Klimaabkommen auf. Und in der Corona-Pandemie schottete sich China ab. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der Terrorattacke der Hamas gegen Israel brachen verheerende Konflikte erneut auf.

Dass wir endgültig an der nächsten Zäsur im Weltgeschehen angelangt sind, das wissen wir seit Trumps Wiederwahl vor zwei Wochen. Die New York Times erklärte schon die Epoche nach dem Kalten Krieg für beendet. Die uns vertraute Welt sei vergangen. Viele Menschen fürchten, dass ein Verbund von autokratisch regierten Ländern entsteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielleicht fragen Sie sich nun, wie uns das alles betrifft, ob sich Wissenschaft überhaupt mit geopolitischen Konflikten befassen muss? Die Antwort lautet: ja, natürlich! Aber warum ist das so?

Das liegt daran, dass mit geopolitischen Konflikten drei konkrete Herausforderungen für die Wissenschaft einhergehen. Erstens ist Wissenschaft ein globales Unterfangen und auf internationale Kollaborationen angewiesen. Zweitens werden geopolitische Konflikte auch in unsere Institutionen getragen. Und drittens fordern Konflikte unsere demokratische Grundordnung heraus. Und die garantiert uns ja die Freiheitsrechte, auch die Freiheit der Wissenschaft!

Deshalb plädiere ich dafür, dass wir diesen drei Herausforderungen mit Mut begegnen – und zwar im Eigeninteresse der Wissenschaft und im Interesse der Allgemeinheit, weil wir aus der Wissenschaft heraus nämlich positive Beiträge zum Umgang mit geopolitischen Konflikten geben können.

Beginnen wir mit den internationalen Forschungskollaborationen und dem Konflikt zwischen den USA und China. Die Haltung von Trump gegenüber China ist ja bekannt. Durch seine China Initiative in der ersten Amtszeit ging die Zahl der US-Publikationen mit China seit 2019 zurück. Dieser Trend setzte sich unter Biden fort und wirkt sich negativ auf den Fortschritt in beiden Ländern aus. Der Konflikt wird vorerst bleiben. Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten wird sich eher noch ver-



stärken. Ich bin überzeugt: Gerade in dieser globalen Spannungslage muss die deutsche – und übrigens genauso die europäische – Wissenschaft eine eigene, mutige Strategie verfolgen. Meiner Ansicht nach muss diese Strategie drei Ziele umfassen.

Das erste Ziel: wir müssen die transatlantische Kooperation erfolgreich fortsetzen. Wie produktiv diese freundschaftliche Zusammenarbeit ist, zeigt eine Zahl: Von den rund 15.000 Publikationen, die die Max-Planck-Gesellschaft im Jahr 2023 veröffentlichte, entstanden 3659 Papers gemeinsam mit Partnern aus den USA. Jetzt fragen Sie sich vermutlich, wie das denn gehen soll, mit dieser neuen amerikanischen Regierung? Mit einer Regierung, der eine ehemalige Wrestling-Managerin als Bildungsministerin, ein Impfgegner als Gesundheitsminister und ein Vertreter der Fracking-Industrie als Energieminister angehören sollen, und deren Vizepräsident die Professorenschaft zum „Feind“ erklärt hat? Die Antwort darauf kann doch nur so lauten: Wir werden nicht aufhören, mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den USA am Fortschritt zu arbeiten. Und andererseits müssen wir das Gespräch mit der neuen, demokratisch legitimierten Regierung suchen. Ich werde daher im Frühjahr in die USA fahren und dort Vertreter aus der Wissenschaft und aus der Politik treffen.

Ein zweites Ziel unserer Strategie ist, weiter mit China zusammenzuarbeiten. Laut einer neuen Umfrage in der MPG halten 55% die Kooperation mit China für ihre eigene Forschung für wichtig oder essentiell. Das wundert mich nicht. Denn ob Astronomie, Katalyse-Chemie oder Klimawissenschaften, China ist bereits eine globale Wissenschafts-Supermacht und hat zudem enorm in Forschungs-Infrastrukturen investiert. Allerdings ist die Zusammenarbeit mit China schwieriger geworden. Um sie fortzuführen, brauchen wir den Mut, klare Entscheidungen zu treffen und für diese einzustehen – und zwar gegenüber unseren chinesischen Partnern ebenso wie auch gegenüber Skeptikern hierzulande. Die Eckpunkte sind doch klar: Eine Nutzung gemeinsamer Forschungsergebnisse für militärische Zwecke oder zur Überwachung von Menschen lehnen wir ab. Wir sorgen uns auch um die Wissenschaftsfreiheit und wegen neuer Gesetze, die den Zugang zu gemeinsamen Forschungsdaten erschweren.

Solche Risiken müssen wir vermeiden, um mit China weiter zu forschen. Daher hat unser Senat bereits im November 2023 Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit mit China verabschiedet. Danach müssen wir Nutzen und Risiken von Kooperationen abwägen. Und um informierte Entscheidungen treffen zu können, bauen wir ein Beratungsangebot auf. All das ist wichtig, denn Entscheidungen zu Forschungsk Kooperationen müssen bei uns, bei der Wissenschaft, verbleiben. Übrigens: Bei diesem „De-risking“ hilft uns, dass wir bereits auf 50 Jahre Kooperation mit der Chinesischen Akademie der Wissenschaften zurückblicken können. Sie ist heute unsere zweitwichtigste Partnerinstitution, nach dem französischen CNRS und noch vor Harvard. Vor drei Wochen haben wir das gemein-



sam mit 120 chinesischen Delegierten in Berlin gefeiert, und dabei auch heikle Fragen besprochen. So zeigte sich: Wir kommen voran, wenn wir mit unseren chinesischen Kollegen sprechen.

Es gibt noch ein drittes Ziel, das wir erreichen müssen, um dem Konflikt zwischen USA und China zu begegnen. Wir müssen selbst stark und unabhängig sein. Dazu müssen wir die Forschungsqualität und die Zusammenarbeit in Europa konsequent stärken. Deshalb halten wir an der Integration der forschungstarken Nicht-EU-Staaten Großbritannien, Schweiz und Israel fest. Ohne eine starke Wissenschaft im Europäischen Forschungsraum können wir in der Welt nicht bestehen. Aber was heißt das konkret, Europa zu stärken? Das heißt etwa, dass die EU deutlich mehr als bislang in Forschung investieren muss. Im Moment liegen wir nur bei etwas über 2% des GDP, im Vergleich zu rund 3,5% in den USA und rund 2,5% in China. Im nächsten Rahmenprogramm sollte das Budget des Europäischen Forschungsrats, des ERC, verdoppelt werden. Der ERC ist überaus erfolgreich, und zwar was Forschung und was Innovationen angeht. Und er kann schnell erweitert werden, da viele exzellente Projekte derzeit wegen Geldmangels ohne Förderzusage bleiben.

Außerdem schlagen wir als große europäische Forschungsorganisationen vor, im 10. Rahmenprogramm eine mutige Initiative im Bereich „Angewandte KI“ zu starten. Künstliche Intelligenz wird ja nicht nur die Wissenschaft durchdringen, sondern auch die Wirtschaft und Gesellschaft. Wir müssen KI unbedingt auch in Europa entwickeln, in unserem Rechts- und Wertesystem, damit diese neue Technologie sicher ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich will auf die zweite Herausforderung eingehen, darauf, dass geopolitische Konflikte in unsere Organisation getragen werden. Dass das so ist, ist nicht verwunderlich. Immerhin kommen Forschende aus der ganzen Welt zu uns und bringen ihre Erfahrungen, Wünschen und Sorgen mit. In der Max-Planck-Gesellschaft arbeiten Menschen aus rund 130 Ländern. Allein aus China sind 1500 Wissenschaftler bei uns tätig. Über die Hälfte unserer wissenschaftlichen Mitarbeitenden hat keinen deutschen Pass. Aber auch an den Universitäten steigt der Anteil an internationalen Mitarbeitenden und liegt bereits bei 18%. Das ist gut und wichtig und richtig. Denn wir wollen und brauchen Vielfalt.

Wie geopolitische Konflikte Einzug in das akademische Umfeld halten, sehen wir gerade besonders deutlich in Bezug auf die Ereignisse in Nahost. Kein anderer Konflikt hat die deutsche Wissenschafts-Community im letzten Jahr so beschäftigt wie dieser – und wir sind noch mittendrin. Ich bin sicher: Wissenschaftliche Institution müssen sich politisch neutral verhalten. Und wir müssen immer beide



Seiten sehen. Diese Ambivalenz müssen wir aushalten. Sonst drohen Politisierung, Polarisierung und Spaltung, so wie wir es an mehreren amerikanischen Universitäten erlebt haben.

Allerdings, und das ist mir ebenso wichtig: Trotz dieser institutionellen Neutralität haben wir auch die Verpflichtung, immer dann Stellung zu beziehen, wenn unsere Wissenschaft oder unsere engen Kooperationspartner bedroht sind. Deshalb haben wir gleich nach dem 7. Oktober 2023 unsere Kollegen in Israel besucht. Und deshalb werden wir diesen Sonntag gemeinsam mit dem israelischen Staatspräsidenten Herzog eine Büro der Max-Planck-Gesellschaft in Jerusalem eröffnen. Das zu tun, erfordert Mut, gerade zu einer Zeit, in der sich viele von Israel abwenden. Aber denken wir immer daran, wie wichtig es ist, zu differenzieren. Man muss einerseits die israelische Regierung kritisieren und andererseits Solidarität mit unseren Kollegen in Israel zeigen, von denen viele ja selbst die eigene Regierung kritisieren. Auch deshalb stellen wir uns gegen Boykotte der israelischen Wissenschaft. Sie sind nicht nur unkollegial, sondern auch kontraproduktiv, weil sie sich gegen eine Stimme der Vernunft in Nahost richten.

Solche Konflikte gefährden auch den Diskurs in unseren Institutionen. Der Diskurs ist aber Teil unserer Suche nach Wahrheit. Wir müssen ihn mit Fakten und Argumenten führen. Meinungen allein, Vereinfachungen oder Generalisierungen sind nicht zielführend. Und diejenigen, die Fakten verdrehen, die Diskussion stören oder gegen Menschen diskriminieren, die beschädigen den Diskurs, die Glaubhaftigkeit von Wissenschaft und das Vertrauen in akademische Institutionen. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir schützen den Diskursraum und wenden uns gegen Kulturkämpfe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich will zum dritten und letzten Themenkomplex kommen, der Bedrohung unserer Demokratie und der Wissenschaftsfreiheit durch geopolitische Konflikte. Ich will dies wieder an einem Beispiel festmachen: dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Inwiefern bedroht dieser geopolitische Konflikt unsere Demokratie? Zum einen wird der Krieg ja auch im Internet geführt. Russland verbreitet Desinformation und beeinflusst Wahlen bei uns in Europa. Demokratie ist aber eine wichtige Voraussetzung für unsere Forschungsarbeit. Sie lebt vom gegenseitigen Respekt, vom Dialog und von Kompromissen. Daher ist es wichtig, dass die Demokratie Resilienz gegenüber wissenschaftsfeindlichem Populismus zeigt. Wir brauchen wehrhafte Demokratien!

Zum anderen sind wir gezwungen, mehr als bislang in Verteidigung zu investieren und das schließt Verteidigungsforschung mit ein. Während die Ausgaben für Verteidigungsforschung in Großbritannien und Frankreich aktuell bei je 5-6 Milliarden Euro jährlich liegen, bewegen sie sich in Deutschland



bei 1-2 Milliarden. Eine Erhöhung dieser Ausgaben ist notwendig, darf aber nicht auf Kosten des derzeitigen Forschungshaushalts gehen. Der richtige Weg scheint mir zu sein, dass Verteidigungsforschung über das Verteidigungsministerium finanziert wird.

Um diese Diskussion werden wir nicht herumkommen und wir müssen die Dinge, um die es geht, beim Namen nennen. Und wir müssen mit diesem hochsensiblen Thema stets sehr vorsichtig umgehen. Wir dürfen weder diejenigen Forschenden kritisieren, die eine Kooperation mit der Bundeswehr, einer europäischen Rüstungsfirma oder der Nato eingehen, noch diejenigen, die auf Distanz zur Verteidigungsforschung bleiben. Übrigens: Nach Beginn des Kriegs war die Hilfsbereitschaft in der deutschen Wissenschaft enorm. In der MPG haben wir kurzfristig ukrainische Forschende an unseren Instituten aufgenommen und uns oft auch um deren Angehörige gekümmert. Wir müssen allerdings auch mittel- und langfristig denken. Bildung und Forschung werden auch in der Ukraine dringend gebraucht, um die Wirtschaft in Gang zu halten und einen späteren Wiederaufbau zu ermöglichen. Als Sprecher der Allianz der Wissenschaftsorganisationen habe ich deshalb im vergangenen Sommer auf der Ukraine Recovery Conference unser Handlungskonzept vorgestellt. Es geht dabei um große Anstrengungen für Schulen und Universitäten, aber nicht nur um Geld. Unsere ukrainischen Partner fordern auch systemische Reformen im eigenen Land, um nach dem Krieg mehr exzellente Wissenschaft zu ermöglichen.

Kürzlich konnte ich einige unserer Partner in der Ukraine treffen, etwa Forscher von der Universität in Charkiw, die trotz aller Widrigkeiten vor Ort bleiben und mit unserem Institut für Mikrostrukturphysik in Halle kooperieren. Vor vier Wochen bin ich mit einer Delegation des Bundesministeriums in dem berühmten blauen Übernachtszug nach Kiew gereist. Die Menschen, die ich traf, haben mich sehr beeindruckt. Sie begegnen einer existentiellen Bedrohung mit erstaunlicher Resilienz. Ich habe niemanden jammern gehört. Der Rektor der Exiluniversität des zerbombten Mariupol versprühte sogar Aufbruchstimmung. Man würde weiterhin 3000 Studierende unterrichten.

Wir versammelten uns im neuen, bombensicheren Seminarraum im Untergeschoß. Eine Kollegin erzählte, dass ihr Haus zerstört wurde. Als ich fragte, was sie dann tat, meinte sie: „Ich habe eine Wohnung gemietet und bin zurück zur Arbeit.“ Das ist eine Lebensrealität, die wir sie uns hier nicht vorstellen können. Aber wir dürfen nicht vergessen, unter welchen Bedingungen viele unserer Kolleginnen und Kollegen in der Welt arbeiten, um trotz aller Widrigkeiten die nächste Generation gut auszubilden.



Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zusammenfassen. Geopolitische Konflikte gehen mit drei großen Herausforderungen für die Wissenschaft einher: Sie bedrohen internationale Kollaborationen, werden in unsere Institutionen getragen und destabilisieren unsere Demokratie. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir Ambivalenz aushalten, sorgfältig differenzieren, kurzfristig helfen und langfristig denken.

Zu dieser langfristigen Strategie gehört etwa auch, dass wir persönliche Kontakte mit russischen Forschern aufrechterhalten. Denn nur dann stehen wir bereit, Brücken zu bauen, wenn neue Zeiten anbrechen. Und dazu gehört auch, dass wir unser internationales Netzwerk erweitern und Forschungs Kooperationen mit Ländern im Nahen Osten, in Afrika oder Lateinamerika wissenschaftsgeleitet auf- und ausbauen. Dabei sollten wir nie vergessen, was wir dadurch bewirken können, dass wir durch die Wissenschaft mit ihrer weltweit verstandenen Sprache Menschen aus allen Teilen der Welt und aus verschiedenen Kulturkreisen zusammenbringen können.

Das bringt mich zurück zu Brandt, der mit seinem Kniefall ja auch Menschen zusammenbrachte. In seinen Erinnerungen schreibt er etwas Erstaunliches, nämlich: „Zur Summe meines Lebens gehört [...], dass es Ausweglosigkeit nicht gibt.“ Was heißt das für uns, wenn einer wie Brandt, der während der NS-Diktatur ins Exil gehen musste, der als Bürgermeister in Berlin den Mauerbau erleben musste, und der aufgrund seiner unehelichen Geburt mit Demütigungen leben musste, wenn also so ein Mensch am Ende feststellt, dass es nie ausweglos war? Dann bleibt uns doch nur, dass wir ohne zu jammern unseren Beitrag leisten für eine mutige Wissenschaft, gerade in diesen Zeiten der geopolitischen Konflikte, und zwar unabhängig von Tages- und Parteipolitik und manchmal auch wider den Zeitgeist.

Vielen Dank und alles Gute.